

J. publ. G.

201

R

J. publ. v.
201 h

For a drawing

<36614194420015



<36614194420015

Bayer. Staatsbibliothek

J. publ. G.

202

Publizistische

E r ö r t e r u n g

der

im Preßburger Frieden

begründeten

S o u v e r a i n e t ä t

der Häuser

Baiern, Würtemberg und Baaden.

H A D A M A R,

im Verlag der neuen Gelehrten - Buchhandlung

1 8 0 6.

8A

J. publ. S.

früher

201^h

Publizistische

Erörterung

der

im *Pressburger Frieden*

begründeten

Souverainetät

der Häuser

Baiern, Würtemberg und Baaden.

*Securitas, securitate mutua paciscenda est. — —
Unum est inexpugnabile munimentum — amor
civium. — — In hoc assiduis bonitatis argu-
mentis probavit, non Rempublicam suam esse,
sed se Reipublicae.*

Seneca de Clementia Lib. I. cap. 19.



Vorerinnerung.

Sollte es auch nicht mehr der Mühe sich lohnen, bey dem adoptirten Umwälzungssystem des allgewaltigen Herrschers im Süden, Gegenstände des teutschen Staatsrechts ans Licht zu stellen; so giebt doch die im Preßburger Frieden den Häusern Baiern, Würtemberg und Baaden ertheilte Souverainetät zunächst die Gelegenheit dazu. Es ist billig, richtige Begriffe davon zu fassen. Diese und Wahrheit zu verbreiten, ist zu jeder Zeit an seinem Ort, und dies ist der Zweck dieser Schrift.

Im Monat Jun 1806.

NOTIZEN

Die Notizen sind in drei Theile getheilt:
1. Die Notizen über die Geschichte der
2. Die Notizen über die Geographie der
3. Die Notizen über die Naturgeschichte der
Die Notizen sind in drei Theile getheilt:
1. Die Notizen über die Geschichte der
2. Die Notizen über die Geographie der
3. Die Notizen über die Naturgeschichte der

U e b e r s i c h t.

- §. 1. Begriff von Souverainetät.
- §. 2. Absolute Souverainetät im Staate steht mit dem Begriff eines teutschen Reichslandes im Widerspruch.
- §. 3. Hoheitsrechte bezeichnen keine absolute Souverainetät.
- §. 4. Letztere wird durch die Einwilligung des ganzen Reichs erlangt.
- §. 5. Baiern, Würtemberg und Baaden werden im Prefsburger Frieden Souverains wie Oesterreich.
- §. 6. Seltsame Interpretation des Worts *Souveraineté*, mit Anwendung derselben auf die drey Fürstenhäuser.
- §. 7. Unterschied zwischen *Souveraineté* und *Souveraineté territoriale*.
- §. 8. Mit Umgehung der im Friedensschluss bemerkten, vollen Souverainetät Preussens, Uebergang zu den Oesterreichischen Privilegien.
- §. 9. Kurze Rezension ihres Inhalts.
- §. 10. Die Readmission Böhmens ändert bey diesen Privilegien nichts.
- §. 11. Das Reichs-Kammergericht beobachtet dieselben, z. B.
- §. 12. in Sachen des Herzogs von Orleans gegen die Kaiserin Maria Theresia. Geschichtserzählung.
- §. 13. Fortsetzung.

- §. 14 — 16. Weiterer Verfolg der Geschichte.
§. 17. Kammergerichtliche Entscheidung.
§. 18. Ausdehnung der Oesterreichischen Privilegien auf die Prinzen dieses Erzhauses.
§. 19. Folgerung hieraus für Würzburg.
§. 20. Resultate für die Souverainetät Baierns, Württembergs und Baadens.
§. 21. Die Gleichstellung dieser Fürsten mit Oesterreich konnte auch das Reichs-Kammergericht nicht misskennen.
§. 22. Württemberg und Baaden üben den ersten Souverainetäts-Akt, durch Aufhebung der Landstände aus.
§. 23. Dieser Souverainetät ohngeachtet, bleiben aber Erstere und Baiern Reichsstände.
§. 24. Auch die Einführung des Föderativsystems in Teutschland harmonirt mit der vollen Souverainetät. — Vorübergehende und permanente Föderation. Ist letztere in Teutschland, wer steht dabey oben an? —
§. 25. Ist bey Umformung der teutschen Staatsverfassung das Reichs-Kammergericht entbehrlich?

§. 1.

Souveraineté, in der strengsten Bedeutung, bezeichnet eine unumschränkte, von niemand abhängige Herrscher-Gewalt im Staate. Der Souverain, obwohl vertragsmäfsig, an die Gesetze des Staats gebunden, doch unabhängig von fremdem Einflufs, kennt weder eine *absolute* noch *bedingte* Abhängig- oder Unterwürfigkeit, er ist also im eigentlichen Verstande — Monarch a).

§. 2.

Wenn es richtig ist, dafs die Reichshoheit, die Reichsstaatsgewalt oder Reichssouveraineté in Teutschland, von dessen ehemaligen Form her, auf ein aus Oberhaupt und Gliedern des Reichs bestehendes Korpus organisirt ist, und die Regierung der teutschen Reichsländer, der Hoheit des Reichs, eben darum untergeordnet seyn mufs, weil sie integrirende Theile des Reichs sind; so steht der Begriff von *absoluter Souveraineté* im Staate, mit dem eines *teutschen Reichslandes* in direktem Widerspruch.

a) Montesquieu Esprit des Loix. T. I. L. II. C. 1.

§. 3.

Zwar lassen sich in Hinsicht der Reichsstandschaft hierbey Modifikationen gedenken (S. §. 23. unten), so viel ist aber doch immer gewiss, daß die in der Staatsgewalt begriffene einzelne Rechte (uneigentlich Souverainetätsrechte genannt) nur eine in Beziehung auf die Reichshoheit relative — eine subordinirte, keine absolute Souverainetät bezeichnen. Sie sind mit Regierungs-Hoheits-Majestätsrechten, oder Regalien durchaus synonym b).

Die Krone, die Böhmen ausnahmsweise als deutscher Reichsstand trägt, — der Königstitel, macht es an und für sich nicht unabhängig vom Reichsverbande, seine Unabhängigkeit hat es dem Ansehen seiner Beherrscher und den Begünstigungen der Kaiser aus Bömisch und Oesterreichischem Stamme, zum Theil mit Einverständniß der Reichsstände, zu verdanken.

§. 4.

Ist aber nach den Regeln des Gesellschaftsrechts oder nach dem Antheil, den jeder Reichsstand an der obersten Gewalt im deutschen Reiche — der Reichshoheit gesetzlich nehmen muß, zur totalen oder bedingten Exemption eines Reichslan-

b) Leist Lehrbuch des teutschen Staatsrechts §. 98. zweite verbesserte Auflage. Göttingen 1805.

des, aus der Staatenverbindung die Einwilligung aller Glieder, die das Reichskorpus konstituiren, nothwendig; so folgt von selbst, daß nur auf diese Art die volle oder absolute Souverainetät rechtmässig erworben werden kann.

§. 5.

Der durch die Schlacht bei Austerlitz c) Oesterreich abgenöthigte *Pressburger Friede* sichert im VIIIten Artikel diese Souverainetät den Häusern *Baiern*, *Württemberg* und *Baaden*, für die ihnen im nehmlichen Artikel zugewiesene Länder und Distrikte auf eben die Art, unter den nehmlichen Rechten, Titeln und Vorzügen zu, wie sie

- c) In *Posselts Europäischen Annalen* J. 1806. H. 1. findet sich ein Aufsatz über die Schlacht bey Austerlitz von Fr. Buchholz Prof. in Berlin, in diesem Aufsatz wird den Russen das Uebergewicht der physischen, und den Franzosen das Uebergewicht der moralischen Kräfte zugeschrieben, und dann natürlich bemerkt, daß und wie da die moralische Macht über die physische siegte. Es ist recht klar in der Darstellung des H. Prof. Buchholz, daß er den Verstand, als Potenz des Manövers und Spannkraft des militärischen Ehrtriebs „oder Ehrgeizes“ eine moralische „Kraft“ folglich alle intellectuellen Potenzen zusammen „die moralischen Kräfte“ nennt. Wie — moralisch! („oder philosophisch?“)

Se. Majestät, der teutsche und Oesterreichische Kaiser, oder die Prinzen seines Erzhauses bisher besessen haben, in den Worten:

„Les Principautés, Seigneuries, Domaines et
 „Territoires susdits, seront possédés respective-
 „ment par Leurs Majestés les Rois de Bavière et
 „de Würtemberg et par S. A. S. l'Electeur de
 „Bade, soit en Suzeraineté, soit en toute proprie-
 „té et souveraineté, de la même manière, aux
 „mêmes Titres, droits et prerogatives, que les
 „possedaient S. M. l'Empereur d'Allemagne et
 „d'Autriche ou les Princes de Sa Maison, et
 „non autrement.“

Dieser Artikel würde allerdings nur auf die, den benannten drey Kurhöfen namentlich darin zugewiesene Länder und Provinzen sich erstrecken, dehnte nicht der XIVte Artikel die vollkommene Souveraineté und alle daraus resultirende Rechte, (la plénitude de la Souveraineté et tous les droits, qui en derivent) eben so wie sie der Kaiser von Oesterreich genießt, auch auf die alte Besitzungen *Baierns*; *Würtembergs* und *Baadens* ganz bestimmt aus, nur versteht es sich von selbst, daß er in Ansehung künftiger neuer Erwerbungen, wovon der Friedensschluß schweigt, keine extensive Interpretation leidet.

Ich umgehe es hier, ob der Pressburger Frie-

densschluss die reichstägliche Sanction, wie es, (wenn man nicht über Formen sich hinaus setzen will) nothwendig geschehen muss, erhalten wird; nur drängt sich in Beziehung auf den VIIIten und XIVten Artikel jedem zuerst die Frage auf:

welche Rechte und Vorzüge genoss das Haus Oesterreich in Ansehung der an Baiern, Würtemberg und Baaden abgetretenen Länder?

§. 6.

Eben wegen der Ausgedehntheit der Privilegien dieses Erzhauses, und da sie dem Staatsrechts- und Geschichtskundigen nicht unbekannt sind, fand es der unbekannte Verfasser *„des Worts über die Lage des Kaiserl. und Reichs-Kammergerichts nach dem Pressburger Frieden.“* „1806 in 8vo.“ der Mühe werth zu untersuchen: ob nicht das Wort *„SOVERAINETÉ“* nach dem Geist des Pressburger Friedensschlusses die landesherrliche Obergewalt, die Landeshoheit bezeichne? Die Tendenz dieser Schrift geht auf die affirmative Beantwortung dieser Frage „indem die Franzosen in „ihrer Sprache kein Wort hätten, das den Sinn „genau angebe, den die teutsche Konstitution mit „der Landeshoheit der Reichsstände verbinde, — „weil weder Se. Majestät, der Kaiser von Oesterreich, noch der Kurfürst von Salzburg und der „Erzherzog Ferdinand von Breisgau, (so groß

„auch Oesterreichs Privilegien immer wären) eine
 „unumschränkte Gewalt in ihren Staaten ausgeübt
 „hätten — und Baiern und Würtemberg, der zu-
 „gestandenen Souverainetät ohngeachtet, nach
 „dem VIIten Artikel des Friedens, dem teutschen
 „Staatsverbände fortwährend angehören sollten.“
 Daher wird nun behauptet, „die drey Fürsten-
 „häuser blieben dem Reichsoberhaupt und Reichs-
 „gesetzen unterworfen, und da also nothwendig
 „ein Richter seyn müsse, der über die Verletzung
 „der Reichsgesetze urtheile und erkenne; so wä-
 „ren sie auch in dieser Hinsicht fortdaurend der
 „Reichsgerichtsbarkeit untergeordnet.“

§. 7.

Der Syllogismus würde richtig seyn, wäre es
 nur erwiesen, wäre es so ausgemacht, daß des
 Kaisers von Oesterreich Majestät nur eine relative
 oder subordinirte Souverainetät in ihren Staaten
 ausgeübt, und die Prinzen des Erzhauses, die
 reichsgerichtliche Jurisdiction je anerkannt hätten,
 ja! könnte man so unbedingt annehmen, der Kai-
 ser der Franzosen habe denen, durch Blutsfreund-
 schaft mit ihm verwandten Fürsten, in Baiern und
 in Baden, so wie dem von Würtemberg, im Frie-
 den das stipuliren wollen, was durch und seit dem
 Westphälischen Frieden, jedem Reichsstande oh-
 nehin gesetzlich zusteht — die Landeshoheit?

Allein auch davon abgesehen ; so fehlt es im VIIIten Artikel des Preßburger Friedens, an dem mit *Landeshoheit* zu übersetzenden Ausdruck „Souveraineté territoriale.“ Das Wort *Souveraineté* allein „*Landesobrigkeit*“ zu traduziren, ist aber um so unthunlicher, weil mit beiden Ausdrücken „Souveraineté“ und „Souveraineté territoriale“ zwey ganz in sich verschiedene, den Franzosen durchaus nicht mehr fremde, staatsrechtliche Begriffe verbunden sind.

Der zweite §. des Reichs-Deputations-Hauptschlusses von 1803, liefert davon vollkommen den Beweis, wenn darin dem Kurfürsten von Pfalz-baiern das Eigenthum und die *Landeshoheit*, in denen von dem Antheile des Erzherzogs Großherzogs getrennten Theile von Eichsstadt zugewiesen werden, in den Worten:

L'Electeur Palatin de Bavière possèdera en outre en toute propriété et „*superiorité territoriale*,“ les parties d'Aichstedt, detachées du lot de l'Archiduc, Grand-Duc etc. d).

In dieser Stelle des Deputations-Hauptschlusses

d) Diese Stelle wurde nach der Note der Gesandten der vermittelnden Mächte, dem Reichsschluss beygefügt S. Beylage 321 u. 322. zum Protokoll der außerord. R. Deputation zu Regensburg §. 2.

ses, mußte aber Kurbaiern, die *Landeshoheit*, in dem ihm angewiesenen District von Eichstädt vorbehalten werden, um deshalb keine Streitigkeiten mit dem Großherzog von Toskana zu veranlassen. Die Franzosen wußten also schon damals sehr gut, wie die Landeshoheit der teutschen Fürsten von der Souverainetät sich unterscheide, wie dann die Cession des linken Rheinufers an Frankreich „*en toute Souveraineté et propriété*“ wie es im VIten Artikel des Lüneviller Friedens heißt, uns Teutschen davon einen sehr eindringlichen Beweis gegeben hat.

Eine *preussische* totale Exemption, in so fern man darunter die Kurbrandenburg- und die Westphälische Provinzen des Königs begreift, ist im teutschen Staatsrecht unbekannt; wenn also im XIVten Friedensartikel die drey Kurfürsten wie Oesterreich *und Preussen* die volle Souverainetät erhalten,

„*ainsi et de la même manière qu'en jouissent*
 „*S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et*
 „*S. M. le Roi de Prusse sur les Etats Allemands;*“
 so müssen die Worte „*und Preussen*“ da sie sich auf das Königreich Preussen und Schlesien nicht beziehen, für nicht geschrieben — *pro non adjec-*
tis — gehalten werden, wenn gleich Oesterreich und Frankreich, durch die Worte: „*sur les états*

allemands“ die Souverainetät des Königs, auch in Ansehung *seiner sämtlichen* teutschen Staaten, hier ganz deutlich anzuerkennen scheinen.

Wir können daher nur bey *Oesterreich* stehen bleiben.

Die Kaiser von Oesterreich, von jeher stolz auf die Priviligien ihres Erzhauses, erkannten nie eine Abhängigkeit von den teutschen Reichstribunalen, nie eine Unterwerfung unter die Reichshoheit. Eine freye, durch keine höhere Gewalt eingeschränkte, wiewohl auf Verträgen mit der Landschaft, Billigkeit und Gesetze gestützte Staatsverfassung, begründete das Glück ihrer Völker.

Es lohnt sich der Mühe, jetzt, wo es darauf ankommt, welche Rechte dann Baiern, Würtemberg und Baaden gleich Oesterreich im Frieden zu Prefsburg erworben haben? die Privilegien dieses Erzhauses kürzlich ins Gedächtniß zurück zu rufen.

§. 9.

Man erinnere sich Friedrich des Isten weit umfassenden Gnadenbriefs für Heinrich von Oesterreich, seine Nachkommen und sein Land, vom 15ten Oct. 1156, der ihn, wenn er nicht will, irgend jemand vor dem Reiche zur Rede zu stehen, — von jedem Reichsdienste u. s. w. befreit, auch diese Exemption auf jeden Zuwachs an Län-

dem erstreckt. — Man erinnere sich ferner des Privilegiums Carl des IVten vom Jahr 1366, der die Herzoge von Oesterreich, mit allen ihren Ländern, vom Hofgericht zu Rothweil und allen anderen Gerichten, wo die Kaiser sie von Reichswegen hätten, exemirt, endlich der Bestätigungsbrieфе Kaisers Wenzel vom J. 1386, Kaisers Sigismund vom J. 1437, und des merkwürdigen mit Einwilligung der Reichsstände zu Augsburg ertheilten Privilegiums Carl des Vten von 1530, das aufer anderen bewilligten Rechten, Vorzügen und Befreyungen, dem Erzhause eine uneingeschränkte Gewalt, bey Minderung und Mehrung der Auflagen, Tribute und Zölle beylegt, die Erscheinung auf Reichstagen, selbst die Reichshülfe, dem Erzherzoge nicht zur Pflicht macht, und Art. 1. noch folgendes ausdrücklich bestimmt:

„Der obbemelte Herzog ist um keiner Sachen
 „schuldig, vor der Weilischen, (Rothweilischen)
 „oder des Reichs Kammerhof, oder anderen Ge-
 „richten, wie die Namen haben, zu Recht zu
 „stehen, Er wolle dann gern, sondern mag Er
 „einen seiner Lehenmannen setzen, vor demsel-
 „ben soll Er den Rechten gehorsam oder statt
 „thun.“ e).

e) v. F a h n e n b e r g, über die völlige Exemption des

Dies letztere Privilegium, das alle ältere bestätigt, erstreckt die dem Erzhause ertheilte Rechte und Freyheiten im XXIVten Art. wiederholt auf alle künftige Extension an Land und Leuten, f) und das Kaiserl. und Reichskammergericht, dem alle diese Privilegien im J. 1541 insinuirt wurden, bewahrt sie noch jetzt sämtlich in seinen Archiven.

§. 10.

Auch die Readmission der Krone Böhmen im J. 1708, wo ihr Sitz und Stimme im Kurfürstenrath nebst Uebernahme eines Kurfürsten Anschlags, von 300 Kammergulden zum Unterhalt des Kammergerichts zugestanden wurde, brachte bey diesen Privilegien keine Aenderung hervor. Die Ratifikation Kaisers Joseph des Isten vom 6ten Sept. 1708, erläutert dies in den Worten:

„Dass obiges alles Dero Königreich Böhmen
 „Würden, Rechten, privilegiis fori und anderen
 „Freyheiten und Gerechtsamen, auf keine Weise
 „nachtheilig, oder präjudizirlich, sondern die-

erzherzoglichen Hauses Oestreich, von der Gerichtsbarkeit des Kaiserl. Kammergerichts. Wien 1796. 4.

f) Für das nicht unterrichtete Publikum folgt in der Anlage Nro. II. ein Auszug aus dem Carolinischen Privilegio, wie es bey Lünigs Reichs-Archiv Parte spec. Contin. 1. Rubrick Oesterreich Nro. 39. zu finden ist.

„selbe samt und sonders, überall aufrecht und
„ohnverletzt seyn und bleiben sollen.“ g).

§. 11.

So wie der R. A. von 1654 §. 111, dem Reichs-
Kammergericht die Beobachtung Kaiserlicher Pri-
vilegien zur Pflicht macht; so erfüllte es dieselbe
auch in Beobachtung der „*Oesterreichischen*,“
unter anderen in Sachen des Herzogs von Orleans
gegen die Kaiserin Maria Theresia. Der Fall ver-
dient hier Erwähnung.

§. 12.

Die Gemahlin des Markgrafen Ludwig Wilhelm
von Baaden-Baaden, Sybilla Augusta, geborne
Herzogin von Sachsen-Lauenburg, errichtete im
J. 1703 ein Testament, worin sie mit Kaiserl. Ge-
nehmigung, ihre Herrschaften Lobositz, Schlacken-
werd und andere Güther in Böhmen, — ihre Ansprü-
che auf das Land Hadeln in Niedersachsen, — ihre
dort ausstehende Kapitalien und Schuldforderun-
gen, — ihr Darlehn auf die Markgrafschaft Baaden,
und ihren Schmuck mit einem beständigen Fami-
lien-Fideikommiss und dem Verboth der Verthei-
lung, Verpfändung und Veräußerung belegte.

Ihren Gemahl und nach dessen Hinscheiden
die männliche Descendenz, setzte sie nach dem

g) R. Abschiede Th. III. S. 226, 229.

Primogeniturrecht, zu Fideikommissserben ein, und verordnete dabey ausdrücklich: „dafs die Succession bey ihres Gemahls rechter absteigender Linie bleiben, und solche nicht auf die Seitenlinie des Fürstl. Hauses Baaden-Durlach fallen solle.“

§. 13.

Als im Jahr 1707 Markgraf Ludwig Wilhelm mit Tode abgieng, übernahm dessen Gemahlin, Namens ihres erstgebohrnen Prinzen, des Markgrafen August Georg, die Landesregierung als Vormünderin, und verheyrathete mehrere Jahre nach geendigter Vormundschaft, im J. 1724 ihre Prinzessin Tochter Maria Johanna mit dem Herrn Herzog von Orleans.

Zum Besten ihrer Brüder und des Hauses Baaden entsagte letztere auf alle väterliche Erbfolge, bis zu gänzlicher Erlöschung des Mannsstammes, wie auch auf das Vermögen ihrer Frau Mutter, und das von ihr errichtete Fideikommiss, mit der Klausel:

„Le tout conformément a la dernière volonté et disposition testamentaire, de S. A. S. Madame la Margrave Sa Mère.“

In dieser Ehe mit dem Herrn Herzog von Orleans ward 1725 ein Sohn Ludwig Philipp geboh-

ren, seine Gemahlin aber gieng schon im Jahr 1726 mit Tode ab.

Inzwischen verheyraethete sich der zweitgebohrne Prinz von Baaden - Baaden, Ludwig Georg mit einer Prinzessin von Schwarzenberg, womit er im J. 1726 die Prinzessin Maria Elisabeth Francisca erzeugte. Nunmehr errichtete die verwitwete Frau Markgräfin Sybilla Augusta, im J. 1733. vor 5 Zeugen ein Kodizill, worin sie ihr, im J. 1703. errichtetes beständiges Familien-Fideikommis in allen Punkten bestätigte, und dabey verordnete, daß sie auf Abgang ihres seel. Gemahls männlicher Posterität, denjenigen Durlachschen Prinzen, der die katholische Religion annehmen würde, substituirt haben wolle.

§. 14.

Nach dem Ableben der Disponentin, schloß aber der letzte Markgraf von Baaden - Baaden, August Georg, im J. 1761. mit seines immittelst verstorbenen Bruders Ludwig Georg hinterlassenen Tochter, der Prinzessin Maria Elisabeth Francisca einen Vertrag dahin, daß das Eigenthum der in Böhmen liegenden Herrschaft Schlackenwerd und der übrigen Güther, gleich nach seinem des Markgrafen August Georgs Ableben Sr. Majestät der Kaiserin Maria Theresia, als ein Merkmal ihrer Devotion, jedoch unter der Fideikommis-Klausel zuge-

fallen seyn solle, dieselben einem Baaden - Durlachschen Prinzen, wenn er die katholische Religion annehmen würde h), ohne einigen Abgang zu restituiren. Uebrigens behielte sich die Prinzessin Elisabeth, den Rentengenuß der Herrschaft und Güter lebenslänglich, so wie die Disposition über ihrer Frau Mutter Mobiliar - Verlassenschaft bevor.

§. 15.

Ganz in Gemälsheit dieser Uebereinkunft errichtete nun Markgraf August Georg im J. 1771. ein Testament; da aber bey seinem kurz darauf erfolgten Ableben, und dadurch sich ereigneten Konsolidation der Baaden - Baaden und Baaden - Durlachschen Länder, kein Prinz katholischer Religion in *diesem* Hause vorhanden war; so entsagte der Herr Markgraf von Baaden - Durlach für sich und seine Nachkommen, auf das Fideikommiß und Substitution zum Besten des Herrn Herzogs von Orleans.

Nach dem Tode des Markgrafen August Georg, lies aber die Kaiserin Maria Theresia nicht nur die zum Fideikommiß gehörige Böhmisches Herrschaften und Güther, sondern auch den schon früher, mit Bewilligung des Herrn Herzogs von Orleans,

h) Arbeitet man heut zu Tage weniger an Verbreitung des Christ - Katholischen Glaubens?

von Rastadt nach Böhmen gebrachten Sachsen-Lauenburgischen Schatz in Besitz nehmen, wogegen jedoch der Herr Herzog durch Abgeordnete protestirte i).

Wahrscheinlich um den Prätensionen des Herzogs von Orleans ein größeres Gewicht zu geben, verzichtete nun am 20sten Dezember 1776 die Prinzessin Maria Elisabeth zu Gunsten des Herrn Herzogs von Orleans auf alle ihre Rechte und Ansprüche auf das Fideikommiss und dazu gehörigen Schatz.

§. 16.

Der Herr Herzog von Orleans focht nunmehr das Testament Markgrafens August Georg von 1771 als null und nichtig an, weil darin über eine, mit dem Fideikommiss-Verbande affectirte Erbschaft, zum Nachtheil des substituirtten und Fideikommiss-Erben disponirt worden sey, und da er mit der Kaiserin Maria Theresia desfalls im Wege der Güte nichts ausrichten konnte; so requirirte er dieselbe nach den Reichsgesetzen *super Austrae-gis*, und da auch dies vergeblich war; so trat er am Kaiserl. Kammergericht klagend auf und bat *pro Citatione super protracta et denegata justitia Austrae-gali*.

i) Merkwürdige Reichshofrathsgutachten mit Gesichtspunkten für den Leser Th. I. S. 95. Frankf. 1792.

§. 17.

Das Kammergericht hielt aber seine Gerichtsbarkeit, auch die Beschwerde über versagte Austragal-Justitz, nicht für gegründet und dekretirte am 30sten Jenner 1781:

„Abgeschlagen, und wird Supplikant an die
„Behörde verwiesen.“

Was das Reichsgericht unter dieser Behörde verstand, ergiebt der Schluß der in der Anlage Nro. III. befindlichen, bisher noch ungedruckten, gelehrten Abstimmung des unvergeßlichen Reichskammergerichts - Beysitzers Frhrn. von Harpprecht, nemlich die Königlich - Bömische Gerichte, wohin auch, nach Grundlage der Oesterreichischen Privilegien, die Sache gehörte.

§. 18.

Die Ehrfurcht, welche die Reichsgerichte für die Privilegien des Erzhauses hegen, erstreckt sich aber nicht nur auf die Beherrscher der Oesterreichischen Staaten, sondern auch auf die Prinzen dieses Kaiserhauses, denen der Lüneviller Friede Entschädigung in Teutschland anweist k). Zum Beweise diene ein Ereigniß der neuesten Zeit.

Der Erzherzog Ferdinand, als Kurfürst

k) Leist Lehrbuch des teutschen Staatsrechts §. 143.

S. 449. Nro. 4. zweite Auflage.

von Salzburg, errichtete bald nach der Civilbesitznahme dieses Landes im J. 1803, eine oberste Justizstelle, ein höchstes Tribunal, lösete aber, ohngeachtet auch bey allen Kurfürsten ohne Ausnahme, die Reichsobservanz für die Auslösung der unbeschränkten Appellationsprivilegien redet, und dies auf reichsgesetzlichen Normen beruht 1),

1) Der R. A. von 1570. §. 70. verordnet deßfalls „daß „alle Stände, alle erlangte Privilegien de non appellando, dem Kaiserl. Kammergericht, da es allbereits „nicht geschehen, innerhalb 6 Monaten a dato in originalibus, insinuiren sollen, damit Kammerrichter „und Beysitzer in Ertheilung der Prozesse, und „sonsten darauf der Gebühr sich zu verhalten wissen.“

Im Deputationsabschiede von 1600. §. 18. heißt es „Wir wollen auch hiermit Kammerrichter und „Beysitzern, mit sonderem Ernste befohlen haben, da „ihnen der Stände ausgebrachte Kaiserl. privilegia „de non appellando, einmal originaliter wie sich s „gebührt, insinuiert und fürbracht, dawider keine „Prozesse zu erkennen.“ S. (des R. C. G. Assessors v. B a l e m a n n) Visitationsschlüsse. S. 265.

Im J. 1805. kam bey Gelegenheit der durch den §. 33. des Lünneville Friedens mehreren Ständen ertheilten unbeschränkten Appellations-Privilegien, die Verbindlichkeit zu deren Insinuation beim R. Kammergericht zur Sprache, wo solche durchaus aner-

bey der Reichskanzley in Wien keinen Gnadenbrief aus, sondern lies nur *mit Beziehung auf die Privilegien des Erzhauses Oesterreich*, die seinem Tribunal gegebene Gerichtsordnung, bey beyden höchsten Reichsgerichten insinuiren, worauf beym Kaiserl. Reichs-Hofrath *ein ponatur ad acta* erfolgte, bey dem Kaiserl. Reichs-Kammergericht aber, dem Kursalzburgischen Anwald, ein *Dokument über die geschehene Insinuation* verstattet wurde.

§. 19.

Dehnen sich nun aber Oesterreichs Privilegien auch auf die Prinzen dieses Erzhauses und ihre Besitzungen im teutschen Reiche aus; so folgt von selbst, daß auch auf das Kurfürstenthum Würzburg eben die Rechte und Vorzüge übergehen, die vorhin der Kurfürst von Salzburg, als solcher auf dies Land übertrug, wie dies auch der XIte Art. des Pressburger Friedens anerkennt, in den Worten:

kannt und wegen unterbliebener Insinuation, die aus einem privilegierten Fürstl. Lande im Berufungswege an das Kammergericht gediehene Rechtssachen demohngeachtet als noch zur Zeit dahin gehörich betrachtet wurden.

S. Kammergerichtl. Miscellen. Iten Bandes 4tes Heft, S. 309 — 311. und Iten Bandes Ites Heft, S. 69.

„Le Titre Electoral de S. A. R. (de Salzbourg)
 „sera transféré sur cette principauté, que S. A.
 „R. possedera en toute propriété et *Souveraineté*,
 „de la même manière et aux mêmes conditions,
 „qu'Elles possedoit l'Electorat de Salzbourg.“

§. 20.

Aus allem diesem ergiebt sich das Resultat sehr leicht. In wie weit das Erzhaus Oeserreich von der Reichshoheit eximirt ist, in so weit ist es auch Baiern, Würtemberg und Baaden. Es versteht sich jedoch von selbst, daß dieser auch auf die Reichsgerichtsbarkeit sich ausdehnenden Exemption ohngeachtet, die an beiden Reichsgerichten anhängige, die genannte drey Fürsten sowohl persönlich, als ihre Unterthanen betreffende Rechtsachen, nur durch die Reichstribunalien entschieden, keinesweges aber avocirt und durch die Territorialgerichte der eximirten Fürsten erledigt werden können m).

m) Es muß durchaus eine andre Bewandniß haben, sonst wäre es mit der bekannten Justizliebe des Preussischen Monarchen nicht zu vereinbaren, wenn der Verfasser „der Darstellung der wahren Lage einer Sache, die als Rechtsstreit zwischen dem Freyherrn von Bösenlager und den Gebrüdern Freyherrn von der Reck schwebt, Dortmund 1806.

§. 21.

Die vollkommene Gleichstellung der genannten drey Fürsten mit Oesterreich, in Ansehung seiner Privilegien, mußte auch das Reichskammergericht, wenn ihm auch der Prefsburger Friedensschluß noch nicht legal insinuirt werden konnte, doch seinem Inhalte nach nothwendig anerkennen, denn es mißbilligte, durch ein Dekret vom 20sten May 1806, in Sachen der Hems-

„4.“ das Publikum unterrichtet, daß ohngeachtet der Litispandez dieser Sache am Kaiserl. Reichshofrath, dennoch durch eine Königl. Kabinetsordre, frühere dahin ergangene Erkenntnisse, für rechtskräftig angesehen und vollzogen werden sollen, denn entweder sind diese frühere Erkenntnisse wirklich rechtskräftig, dann bedarf es keiner Allerhöchsten Kabinetsordre, und jeder kompetente Gerichtshof, wird sie dafür erklären und vollziehen, oder sie sind wirklich nicht rechtskräftig, und dann können sie außer dem Rechtswege nicht dafür erklärt werden. Vielleicht ist der Grund dieser Königl. Kabinetsordre (wenn sie anders existirt) in den Worten des XIVten Art. des Prefsburger Friedens:

„Leurs Majestés — — jouiront — — de la plénitude de la souveraineté — — de la même manière que — — — S. M. le Roi de Prusse, sur les Etats Allemands“

ganz allein zu suchen!!

höfer und Gerstenauer Hofsbesitzer, gegen die zu Mannheim niedergesetzte Kur- und Fürstliche Ausgleichungs-Kommission und das gesamte zur diesseitigen Rheinpfalz gehörige Land, wie auch Se. Königl. Majestät von Baiern, als entschädigten Fürsten, für den Verlust der jenseitigen Rheinpfalz, die in der Flugschrift „Ein Wort über die Lage des Kaiserlichen und Reichs-Kammergerichts etc.“ aufgestellte Grundsätze, und wies den Anwalt der implorantischen Hofsbesitzer an, künftig der Anführung dieser Schrift sich zu enthalten n).

n) Das kammergerichtliche Dekret lautet also: „Ist die „eventualiter gebetene Citatio wider die zu Mannheim niedergesetzte Kur- und Fürstliche Ausgleichungs-Kommission und das gesamte zur diesseitigen Rheinpfalz gehörige Land erkannt, auch die „Insinuation an ermeldete Ausgleichungs-Kommission, Namens des Landes, verstattet. Endlich wird „Lt. N. N. für die Zukunft, aller unnützen Allegaten, aus der Pag. 12. Suppl. sub rubro: Ein „Wort über die Lage des K. Kammergerichts, nach „dem Prefsburger Frieden, citirten Flugschrift, und „der darin aufgestellten, durchaus nicht zu „billigenden Grundsätze, sich zu enthalten, alles Ernstes hiermit angewiesen. In Consilio „20. May 1806.“

Diese derbe Rezension hat gewiß entscheidende Autorität.

§. 22.

Die Könige von Baiern und Würtemberg und der Kurfürst von Baaden haben auch die Artikel VIII und XIV des Prefsburger Friedens, ohne abzuwarten, wie sie das teutsche Reich interpretiren mögte, bereits faktisch, auf die Staatsverfassung ihrer Länder, angewendet, ja! Würtemberg und Baaden machten einen ausgedehnteren Gebrauch von ihrer Souverainetät, als die Erzherzoge von Oesterreich sie in ihren Staaten ausübten, indem der König von Würtemberg bekanntlich bald nach dem Friedensschluß in seinen Staaten, der Kurfürst von Baaden aber erst neuerlich, durch eine am 23sten May 1806 zu Freyburg publizierte Verordnung im Breisgau die Landstände aufhob o).

o) In dieser Verordnung heisst es unter andern: „Wir
 „wollen alle ständische Repräsentationen im Lande
 „Breisgau, Kraft unserer Souverainetät
 „aufgehoben haben, und wir werden die
 „Auslegung des Prefsburger Friedens
 „auf eine Art zu behaupten wissen,
 „die uns weder in diesem Rechte, noch in
 „wohlthätigen Verbesserungen der Administration
 „hemmt. — Wir können demnach auf die Darstel-
 „lung, als ob die landesfürstlichen Forderungen und
 „Verordnungen in Breisgau, fernerhin erst Ständen
 „vorgelegt werden müßten, keine Rücksicht nehmen.

Die Landstände verdanken bekanntlich ihre Entstehung ihrem Eigenthum und den von diesem zu entrichtenden Abgaben; sie sind diejenige Staatsbürger und Genossenschaften, die das Recht haben, ihres Eigenthums und Guthsbesitzers wegen auf den Landesversammlungen zu erscheinen, und dieses und ihre der allgemeinen und besonderen Landesverfassung gemäße politische Freyheit, in kollegialischer Verbindung, gegen die Hoheit zu vertreten, und so bey der Ausübung der Hoheit abhaltend zu konkurriren. Der Gütherbesitzer erscheint bey diesen Landesversammlungen für sich selbst; die moralische Personen, Prälaturen, Städte und Dörfer, durch ihre Bevollmächtigten p).

„Auch bedarf es bey unsern bekannten Regierungs-
 „maximen keineswegs der Fürsprache für das Land,
 „auf dem erschwerenden und kostspieligen Wege
 „eines Mittelstandes, da auf einem weit leichteren es
 „Unseren Landeskollegien zur Dienstpflicht gemacht
 „ist, nicht etwa Unser und Unserer Nachkommen
 „einseitiges Intresse, sondern das gesammte Wohl
 „des Landes, was mit jenem unter gewissenhaften
 „Regenten ohnehin eines ist, in ihren Kollegialbe-
 „schlüssen und Anträgen, vor Augen zu haben“
 u. s. w.

p) Adolph Felix Henrich Posse, über das Staatseigenthum in den teutschen Reichslanden, und

Das Daseyn der Landstände, da, wo sie existiren, ist aber in der Urverfassung des Landes selbst gegründet q). Im Württembergischen, wo die Prälaten, die Städte und der Bauernstand, zusammen die Landschaft bilden und den ganzen Flächeninhalt des Landes vertreten, findet sich die erste Spur davon im J. 1457 r). Im Breisgau hingegen, wo die Landschaft aus Prälaten, Rittern und dem dritten Stande, oder 13 Städten und 6 Kammeralherrschaften besteht, reicht ihr Ursprung bis zu dem der Landeshoheit hinauf s). Nun kann aber,

das Staats - Repräsentationsrecht der teutschen Landstädte. Rostock und Leipzig 1794. S. 176 — 248.
 Danz Handbuch des teutschen Privatrechts, nach Runde B. IV. S. 243.

q) Der scharfsinnige Zusammensteller, der wichtigsten Dokumente und Urkunden, welche die Verfassung des Herzogthums Westphalen ausmachen, auf Kosten der Ritterschaft gedruckt 1803, zeigt aus sehr wichtigen, für die Geschichte äusserst intressanten Quellen, daß in Westphalen landschaftliche Verfassung und Landstände eben so alt, ja älter sind, als die Fürstliche Landeshoheit selbst.

r) Moser Tr. von der teutschen Reichsstände - Landen. IItes B. 3tes Kap. S. 358, 438, 469. Maiers weltl. Staatsrecht. Thl. III. S. 114 folg.

s) Moser a. a. O. IItes B. 5tes. Kap. S. 427 u. 438.

nach den Grundsätzen des allgemeinen Staats- und Völkerrechts, der Regent in einer eingeschränkten Monarchie die Souverainetät nur in der Art ausüben, wie sich dieselbe mit und neben der land- oder reichsständischen Verfassung t) nach und nach ausgebildet hat u).

So wenig daher der König von Engelland, das Parlament, oder der König von Ungarn, die Reichsstände aufheben kann, eben so wenig, könnte man sagen, dürfen die in Ansehung der Befugniss die höchste Gewalt auszuüben, mit ihnen in einer Kategorie stehende Souverains, zu den besonderen einheimischen Majestätsrechten es zählen, ihren Unterthanen, das in der Verfassung und dem Herkommen gegründete, landständische Repräsentationsrecht durch einen Federstrich zu entziehen.

Diese rechtliche Grundsätze leiden allerdings in Ansehung des ganz unzertheilten *Königreichs Württemberg* ihre volle Anwendung. Was aber *Baaden* betrifft; so wollen wir, ohne auf Souve-

t) Denkt man sich von einem teutschen, mit Landständen versehenen Reichslande, die Reichshoheit hinweg; so haben wir eine eingeschränkte Monarchie, und statt der Landstände — Reichsstände.

u) *Scheidemantel* allgemeines Staatsrecht. S. 60, 328, 363.

rainetät Rücksicht zu nehmen, die Analogie zu Rathe ziehen.

Der VIIIte Artikel des Prefsburger Friedens bestimmt

1) Sr. Majestät dem König von Würtemberg:

„La partie de Brisgaw, faisant enclave, dans les
„possessions Wurtenbergeois es et située à l'est,
„d'une ligne tirée de Schlegelberg, jusqu'à la
„Molbach et les villages et territoires de Willin-
„gen et Brentingen.“

2) Sr. Kurfürstl. Durchlaucht von Baaden:

„le Brisgaw (à l'exception de l'enclave et des
„portions separées ci-dessus designées) etc.

Hier ist also ein nicht unbedeutender Distrikt, vom Breisgau abgerissen, und dem Könige von Würtemberg zugewiesen.

Nun wurde aber im 3ten §. des Reichs-Deputations-Hauptschlusses von 1803, wegen Vertheilung des Fürstenthums Münster, die bisherige ständische Verfassung aufgehoben, und als Nassau-Weilburg, im 12ten §. des Reichsschlusses, den Rest des Kurfürstenthums Trier erhielt, wurde auch hier, wegen Vertheilung des Landes, (besonders da zwey Städte und zwey Edelleute das Korpus der gesamten erzstiftischen Landstände nicht repräsentiren konnten), die landständische

Verfassung aufgehoben v), und das deshalb von den diesseitsrheinischen Landständen beym Kaiserl. Reichshofrath nachgesuchte Rescriptum S. C. durch Conclusum vom 27sten Sept. 1805 abgeschlagen.

Wendet man nun den Reichs-Deputations-Hauptschluss und das was in den diesseitsrheinschen Resten der Kurtrier mit den Landständen sich ereignete, auf das Breisgau an; so steht dem Herrn Kurfürsten von Baaden, bey Aufhebung der dortigen Landstände, die *Analogie* allerdings zur Seite. Doch — die Wichtigkeit des Gegenstandes und die Frage: ob nicht bey *nothwendiger* Vermehrung der Steuern zu den Staatsbedürfnissen, das Daseyn der Landstände, den teutschen Regenten selbst, größeren Nutzen gewährt, als da, wo sie nicht existiren, oft Widersprüchen von Seiten der Unterthanen und unangenehmen Weiterungen, sich ausgesetzt zu sehen? erheischt eine separate Ausführung; diese wenige Bemerkungen mögen hier genügen.

§. 23.

Eine konventionelle Exemption, eine vollkommene Souverainetät im Staate, wie sie Baiern,

v) Die Nothwendigkeit der Aufhebung der Landstände in den diesseits rheinischen Resten der Kurtrier ist vortrefflich deduzirt in den R. Kammergerichtl. Miscellen. 1ten Bandes 6tes Heft.

Württemberg und Baaden erlangten, ist übrigens bey und neben der Reichsstandschaft, der Entrichtung der Kammerzieler (die Oesterreich vielleicht, um von seinen Privilegien Gebrauch zu machen, seit dem letzten Reichskrieg nicht bezahlte w), und den Präsentationen an das Reichs-Kammergericht, gar wohl gedenkbar. Es liegt wenigstens in den Prädikaten *Reichsstand* und *Souverain*, in der Theorie so wenig, als in der Ausübung, ein Widerspruch.

Rechte und Befugnisse können dem Souverain in einem fremden Reiche zustehen, er kann darin Theil an der Reichshoheit nehmen, auch für dasselbe gewisse Prästationen leisten, ohne in Ansehung seines Landes, auf irgend eine Art in einer Unterwürfigkeit oder Abhängigkeit von diesem Reiche zu stehen x).

w) Diesem ohngeachtet ist das Allerdurchl. Erzhaus bey Besetzung der Kammerrichter - Präsidenten - und Beysitzerstellen, zum Besten der Gott! geheiligten Justiz durchaus nicht säumig.

x) Will auch (um diesen Satz auf Teutschland anzuwenden) der römische Kaiser in der W. K. Art. 28. §. 1. nicht gestatten, daß auswärtige Mächte und deren Gesandten, in die Reichsangelegenheiten sich mischen; so zeigt doch das Wahlprotokoll Kaisers Joseph

Freylich sind die eben angeführten Befugnisse und Obliegenheiten der teutschen Staaten Beherrscher zugleich Realverbindlichkeiten, das heißt, der Landesherr leistet ihnen, als Besitzer des Landes, ein Genüge; erfüllt sie aber auch Baiern, Würtemberg und Baaden nicht; so stehen ihnen, so gut wie Oesterreich, die Befreyungen und Privilegien zur Seite, die sie eben so, wie letzteres, im Eingang des Carolinischen Privilegiums, von der Erscheinung auf Reichstagen, von allen Reichsanlagen und Prästationen exemiren. Eine solche Willkühr in Entrichtung und Leistung dessen, was den Reichsstaatskörper, als solchen zusammen hält (*res merae facultatis*) macht daher kondemnatorische Urtheile und Exekutionen zu deren Prästation (wenn sie auch von Wirkung seyn könnten) unanwendbar, selbst illegal.

§. 24.

Wenn aber nach dem VIIten Art. des Preßburger Friedens, Baiern, Würtemberg und Baaden, als föderirte Fürsten, dem teutschen Reiche fer-

des Isten, daß als dieser Artikel, wegen der Einmischungen Frankreichs, damals zur Berathung kam, man die, mit der Reichsstandschaft begabte Souverains, darunter nicht begriff. Moser auswärtiges St. R. S. 107.

nerhin zugehören, d. i. wenn sie in einem Bündniss mit den Gliedern, die den teutschen Staatskörper bilden, bleiben sollen; so besteht auch dieses ohnbeschadet der vollen Souverainetät, nur fragt es sich, wenn es in diesem Artikel heisst:

„Les Electeurs de Bavière et de Wurtemberg,
 „ayant pris le Titre de Roi, *sans néanmoins ces-*
 „*ser d'appartenir a la confédération germani-*
 „*que*, S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Au-
 „triche les reconnoit en cette qualité.“

welches Föderativsystem ist darunter zu verstehen?

Man kennt davon zweierley Systeme, nemlich *vorübergehende*, wo gleich mächtige oder wenigstens unabhängige Staaten, zu einem gemeinschaftlichen Zweck oder Schutze zusammen treten; dergleichen waren die italienische gegen die Römer, und die große Assoziation gegen Ludwig den XIV. Diese Bündnisse handelten nur so lange zusammen, als der gemeinschaftliche Zweck noch nicht erreicht war. Nach der Hand trennten sie sich wieder, oft früher, als es die Klugheit erforderte, und diejenige, welche erst Freunde waren, wurden bald die erbittertsten Feinde. Dies war der Fall bey der Ligue von Cambray, beym siebenjährigen, und den letzteren Kriegen gegen Frankreich. Solche Bündnisse erhalten die Freyheit und Tapferkeit der Völker, sind aber meistens auch mit Eifer-

sucht, Neid, Uneinigkeit und Schlaffheit verbunden.

Die andere Art von Föderativsystemen sind die *permanente*. Von diesen giebt die Schweiz, ehemals Holland, und selbst das teutsche Reich, Beyspiele an die Hand y). Ordnung und Einigkeit, ein Geist, ein Zweck, sollten das Band der Verbündeten knüpfen; Streitigkeiten unter ihnen schlichteten Schiedsrichter — *boni viri*. Nur allein Teutschland genoß den Vorzug zu Handhabung des Landfriedens und seiner Konstitution, zwey Reichstribunäle, als Wächter der Gesetze, seit Jahrhunderten blühen zu sehen, und die Fürsten waren durch die Reichsgesetze selbst föderirt.

Unter den Worten „*confédération germanique*“ im VIIten Artikel des Friedensschlusses, ist offenbar diese zweyte Art von Föderativsystemen zu verstehen, wo mehrere Staaten zu einem wechselseitigen Schutz sich verbinden, ohne jedoch an *Selbstständigkeit* zu verlieren. Zu dieser teutschen Föderation sollen auch Baiern, Würtemberg und Baaden, ohne Zweifel auch noch mehrere Fürsten gehören. Indem aber diese Fürsten, wie uns die Tagesgeschichte belehrt, zugleich in eine andere

y) Pütter, historische Entwicklung der Staatsverfassung des teutschen Reichs. IIter Thl. S. 160.

Föderation mit Frankreich treten; so fragt es sich, steht nicht der mächtige französische Koloss, nachdem er Oesterreich demüthigte, im Hintergrunde und beschattet durch die ausgebreitete Flügel seiner kraftvollen Adler, die ganze Föderation, den schwachen Staatskörper — Teutschland genannt?

Die Umformung seiner zerrütteten Konstitution, mag im Einzelnen oder im Ganzen, früh oder spät erfolgen; so liegt im Pressburger Frieden (die einzelne teutsche Staaten mögen auch jetzt noch so sehr an intensiver Kraft gewinnen) der Vorgeschmack dazu z).

§. 26.

Allein, könnte man weiter fragen: ist selbst bey gänzlicher Auflösung unserer alten Staatsverfassung, oder bey Bildung eines neuen Föderativsystems in Teutschland (wenn auch dessen Staatenbeherrschern, gleiche Rechte und Vorzüge, wie Baiern, Würtemberg und Baaden zu Theil werden sollten) das Reichskammergericht entbehrlich?

Wenn freylich alle *Einem* folgen müssen; so ist bey Streitigkeiten der verbündeten Fürsten un-

z) Kann man von der Wahl des Kardinals Fesch zum Nachfolger des geistreichen Kurerzkanzlers, auf die Erhaltung des Ueberbleibels der teutschen Konstitution richtig schliessen?

ter sich, das Schwerdt des Mächtigeren der absolute Imperativ, der sie entscheidet.

Wenn aber auch davon abgesehen, daß nach moralischen Prinzipien Menschenblut Schonung verdient, die alles überwiegende Politik in militärischen Staaten, (die wir künftig in Teutschland zu erwarten haben aa) eine ihnen angemessene Bevölkerung erheischt; so kann das Schwerdt nicht immer Schiedsrichter seyn. Nun war aber nach seiner ursprünglichen Institution, das Kammergericht ein wahres Friedens — ein Fürstengericht bb).

aa) Durch ein Militär von 20 und 40000 Mann wird freylich kein teutscher Staat etwas gewinnen, wohl aber die Unterthanen durch Ordnungsg Geist, der Regent ihre Zuneigung zu ihm, und letzterer, wie der weise Kurfürst von Hessen und sein Volk, an Achtung bey den Nachbarn.

bb) S. Gutachten der Kur- und Fürsten in puncto des Türkenzugs und Landfriedens Anno 1467. §. 10. pag. 118. der neuen und vollständigen Sammlung der Reichsabschiede. Th. 1. — Hier heist es: „Item, auf daß unserm Herrn Kaiser an seiner „Oberkeit und Kammergericht, auch einem jeden „Kurfürsten, Fürsten — an ihren Oberkeiten und „Gerichtszwungen, des obgemelten Gerichts halben, „kein Irrung oder Abbruch geschee; so sult das- „selb Gericht und die, so, als vorstet, es besessen,

Können nicht Deutschlands Staatenbeherrscher, wenn auch das Staatensystem, — diese civitas composita — sich ändert, zu Schlichtung der Streitigkeiten unter sich das Kammergericht, nach Art eines Amphiktyonengerichts, als Schiedsrichter konstituiren und deren Urtheilssprüchen sich fügen? Wird auch eine Exekutionsordnung überflüssig, indem nur der Mächtigste exequiren kann; so wird doch die Institution eines Fürstengerichts,

„nicht weiters noch anders Macht haben, zu richten, dann über und wider die, so ohne Mittel unter unseren Herrn Kaiser und das heilige Reich gehörten.“

Im Anfang der C. G. O. von 1495. S. 6. der Sammlung der R. A. Th. II. wird gesagt: „Wir haben aus beweglichen Ursachen einen gemeinen Landfrieden durch das heilige römische Reich und teutsche Nation aufgericht und zu halten geboten, und nachdem derselbe, ohne redlich, ehrbar und fürderlich Recht, schwerlich im Wesen bestehen mögte, darum — Unser und des heiligen Reichs Kammergericht, mit zeitigem Rath Euer, der Kurfürsten und gemeiner Besamung — aufzurichten, und zu halten fürgenommen und geordnet.“

da man bey Befolgung der Urtheile es nicht immer aufs äußerste ankommen lassen wird, in den meisten Fällen die Ruhe erhalten und Nutzen verbreiten. —

A n l a g e n.

N^{ro}. I.

Die hier zu berücksichtigende Artikel des
Preßburger Friedens, vom 26sten De-
zember 1805.

Art. VI. Le présent traité de paix est déclaré
commun à L. A. S. les Electeurs de Bavière, de
Wurtemberg et de Bade, et à la république batave,
alliées de S. M. l'Empereur des françois, Roi d'Italie,
dans la présente guerre.

Art. VII. Les Electeurs de Bavière et de Wur-
temberg ayant pris le titre de Roi, sans néanmoins
cesser d'appartenir à la confédération germanique,
S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche les
reconnoit en cette qualité.

Art. VIII. S. M. l'Empereur d'Allemagne et
d'Autriche, tant pour lui, ses héretiers et succes-
seurs, que pour les princes de sa maison, leurs
héritiers et successeurs respectifs, renonce aux
principautés, seigneuries, domaines et territoires
ci-après désignés: Cède et abandonne à S. M. le
Roi de Bavière, le margraviat de Burgau et ses dé-

pendances, la principauté d'Eichstedt, la partie du territoire de Passau appartenant à S. A. R. l'Electeur de Salzbourg, et située entre la Bohême, l'Autriche, le Danube et l'Inn; le comté de Tyrol, y compris les principautés de Brixen et de Trente; les sept seigneuries du Voralberg avec leurs enclaves: le comté de Hohenems, le comté de Königsegg-Rothenfels, les seigneuries de Tett nang et Argen, et la ville et territoire de Lindau. — A S. M. le Roi de Wurtemberg, les cinq villes dites du Danube, savoir: Ehingen, Munderkingen, Reidlingen, Mengen et Sulgaw, avec leurs dépendances, le haut et bas comté de Hohenberg, le landgraviat de Nellenboug et la préfecture d'Altorff, avec leurs dépendances (la ville de Constance exceptée), la partie du Brisgaw faisant enclave dans les possessions wurtembergeoises et située à l'est d'une ligne tirée du Schlegelberg jusqu'à la Molbach, et les villes et territoires de Willingen et Brentingen. — A S. A. S. l'Electeur de Bade, le Brisgaw (à l'exception de l'enclave et des portions séparées ci-dessus désignées), l'Ortenaw et leurs dépendances, la ville de Constance et la commanderie de Meinau. — Les principautés, seigneuries, domaines et territoires susdits, seront possédés respectivement par Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg et par S. A. S. l'Electeur de Bade, soit en Suzeraineté,

soit en toute propriété et souveraineté, de la même manière, aux mêmes titres, droits et prérogatives que les possédoient S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, ou les princes de sa maison, et non autrement.

Art. X. Le pays de Salzbourg et de Berchtoldsgaden appartenant à S. A. R. et E. l'Archiduc Ferdinand, seront incorporés à l'empire d'Autriche, et S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche les possédera en toute propriété et souveraineté, mais à titre de duché seulement.

Art. XI. S. M. l'Empereur des françois, Roi d'Italie, s'engage à obtenir, en faveur de S. A. R. l'Archiduc Ferdinand, Electeur de Salzbourg, la cession, par S. M. le Roi de Bavière, de la principauté de Wurzburg, telle qu'elle a été donnée à Sa dite Majesté par le recès de la députation de l'empire germanique, du 25. Février 1803 (6 Vent. an 11). Le titre électoral de S. A. R. sera transféré sur cette principauté, que S. A. R. possédera en toute propriété et souveraineté de la même manière et aux mêmes conditions qu'elles possédoit l'électorat de Salzbourg. Et quand aux dettes, il est convenu que le nouveau possesseur n'aura à sa charge que les dettes résultant d'emprunts formellement consentis par les états du pays ou des dépenses faites pour l'administration effective dudit pays.

Art. XIII. S. M. le Roi de Bavière pourra occuper la ville d'Augsbourg et son territoire, les réunir à ses états et les posséder en toute propriété et souveraineté. Pourra également S. M. le Roi de Wurtemberg occuper, réunir à ses états et posséder en toute propriété et souveraineté, le comté de Bendorff, et S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche s'engage à n'y mettre aucune opposition.

Art. XIV. Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg et Son Altesse Sérénissime l'Electeur de Bade jouiront, sur les territoires à eux cédés, comme aussi sur leurs anciens états, de la plénitude de la souveraineté et de tous les droits qui en dérivent et qui leur ont été garantis par S. M. l'Empereur des françois, Roi d'Italie, ainsi et de la même manière qu'en jouissent S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. le Roi de Prusse sur les états allemands. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, soit comme chef de l'Empire, soit comme co-état, s'engage à ne mettre aucun obstacle à l'exécution des actes qu'ils auroient faits ou pourroient faire en conséquence.

Art. XV. S. Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, tant pour lui, ses héritiers et successeurs, que pour les princes de sa maison, leurs héritiers et successeurs, renonce à tous droits, soit de souveraineté, soit de suzeraineté, à toutes pré-

tentions quelconques, actuelles ou éventuelles, sur tous les états, sans exception, de Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg, et de S. A. S. l'Electeur de Bade, et généralement sur tous les états, domaines et territoires compris dans les cercles de Bavière, de Franconie et de Souabe, ainsi qu'à tout titre pris desdits domaines et territoires; et réciproquement toutes prétensions actuelles ou éventuelles desdits états à la charge de la maison d'Autriche ou de ses princes, sont et demeureront éteintes à perpétuité; néanmoins les renonciations contenues au présent article, ne concernent point les propriétés qui sont par l'art. XI, ou seront, en vertu de l'art. XII ci-dessus, concédées à LL. AA. RR. les Archiducs désignés dans lesdits articles.

N^{ro}. II.

Auszug aus dem von Kaiser Carl dem Vten dem Erzhause Oeserreich ertheilten Privilegio. Lünigs Reichs-Archiv Parte speciali Continuat. 1. Rubrik. Oesterreich, Nro. 39.

1. Dafs der Erzherzog um keiner Sache schuldig seyn solle, vor dem Reich oder des Reichs-Kammer- Hof- oder andern Gerichten, wie die Namen haben, zu Recht zu stehen, Er wolle dann gern; sondern Er mag einen seiner Lehenmann setzen, vor demselben soll Er dem Rechten Gehorsam oder Statt thun.

2. Er ist auch nicht schuldig auf die Reichstäge zu kommen und zu erscheinen, dann mit gutem Willen.

5. Wann jemand von denen Oesterreichischen Gerichten in die Acht erkläret würde, soll er von keinem Reichsgericht daraus entnommen werden, er seye dann zuvor von des Erzherzogen Gericht daraus gekommen.

6. Was vor des Erzherzogen Gerichten, die sie Eigenthums - Lehens - oder Pfandsweise vom Reich oder sonsten inne haben, oder andern Ihren Gerichten mit Urtheil und Recht erkannt und entschieden wird, dabey soll es endlich bleiben, und nicht weiter, als in des Landesfürsten Kammergericht vollführet, *und darüber an Kaiserl. Majestät, noch des Reichs Kammergericht nicht appelliret werden*, auch keine Weiterung von solchen Oesterreichischen Gerichten Urtheilen und Erkenntnissen bey dem Reich angenommen werden, ohnangesehen ob hievor aus Ueberschung, oder einigen andern Ursachen, der gleich viel oder wenig beschehen wäre, oder noch beschehen würde.

10. Das Land Oesterreich ist samt seinen Einwohnern exemt und frey für allen andern Landen aller Zins und Auflagen der Kaiser, und anderer, in Ewigkeit, und die Fürsten von Oesterreich sind dem heiligen Reich, noch niemand andern, keine Steuer, Hülf noch Dienstbarkeit schuldig noch verpflichtet, denn was Sie aus gutem Willen thun, allein ausgenommen, daß Sie dem Reich schuldig seyn zu dienen in Hungern mit zwölf gewapneten Mannen einen Monat lang auf ihre Kosten, zu einem Urkund, daß Er ein Fürst des Reichs erkannt werde.

11. Sie sind auch nicht schuldig, um Empfangung Ihrer Lehen, außserhalb des Landes Oesterreich nachzureisen, sondern sie sollen Ihnen in demselben Lande geliehen werden. So Sie aber die aus freyem Willen außser Land empfangen würden, so soll ihnen dasselbe ohne allen Schaden seyn, und deß allweg vom Reich nothdürftige Erkenntnis gegeben werden, inmassen Kaiser Carl der IV. dergleichen Recognition Herzog Rudolph von Oesterreich für sich und seine Brüder gegeben hat. Und wo es Ihnen versagt würde, so sollen Sie es dreymal schriftlich erfordern, und mögen es darnach ohne Furcht der Seligkeit besitzen, als hätten Sie es leiblich empfangen.

17. Das Reich soll auch dem Erzherzog zu Oesterreich wider alle seine vergewaltiger Hülfe beweisen, darum auch der Fürst von Oesterreich also wohl verdient und würdig ist, daß Ihm das Reich behülflich seyn solle, denn Er ist gelegen und gesetzt an ein Ende der Christenheit, und zu aller Zeit ermahnet, ehret und übet die Werke unsers Herrn Jesu Christi, darum sind ihme zu Hülfe und Beystand gegeben und verliehen die Bisthum *Salzburg* und *Passau*, mit allem ihrem Guth, also der Fürst von Oesterreich und seine Nachkommen, und das Land von Oesterreich über bemeldte Stifter, Vögte und Herren seyn sollen.

18. Die Erzherzoge mögen in ihren Landen, die Sie itzo haben, oder künftig gewinnen, sich aller Gewaltsam gebrauchen, mit Freyung zu geben, neue Aufschlag, Tribut, Zölle und andere Mehrung zu machen, und was Sie in ihren Landen gebieten, thun oder aufsetzen, das soll weder Kaiser, noch andere Gewalt, nicht verändern.

22. Der Erzherzog soll auch in allen seinen Landen, desgleichen die Unterthanen und Diener des Hauses Oesterreichs, Gewalt haben, offene Aechter (Bannitos) zu enthalten, und mit ihnen Gemeinschaft zu haben, doch dafs sie auf Anrufen der Partheyen die zu Recht halten.

23. Der Erzherzog hat Macht Grafen, Freyen, Herren, Ritter, Knechte, auch taugsame und verdiente Personen von neuem Edel zu machen, Waffen, Kleinod mit Schilde und Helmen, und allerley Zierlichkeit zu geben, Meister der Kaiserlichen Rechte, Arzeney, der sieben freyen Künste, Lehrer und Meister, öffentliche Schreiber und geordnete Richter zu setzen und zu creiren, welche alle durch das ganze heilige römische Reich dafür sollen gelten und gehalten werden, wie andere, so von Kaiserlicher Gewalt dazu gemacht und creiret.

24. Was der Erzherzog besitzt und inne hat, das soll heissen das Erzherzogthum Oesterreich; ob auch die Distrikt, Gebiet und Herrschaft mit

andern Fürstenthümern, Land und Leuten erweitert würden, durch Erbschaft, Gab, Kauf, oder andern Anfall, sollen obgemeldte Rechte, Freyheiten und Indult auf dieselben Mehr- und Erweiterung vollkÖmmlich gezogen werden: Insonderheit auf das Fürstenthum *Württemberg* und *Teck*.

25. Die Fürsten von Oesterreich sind Erbvögte aller Bisthümer, Abteyen, Probsteyen, Klöster, Gotteshäuser und Kirchen in ihren Landen.

26. Es soll dem Erzherzog nicht schaden, ob einiger der gemeldten Briefe, oder andere Kauf-Lehen - Satz - und Pfandbriefe über ihre Herrschaften und Gerichte, so Sie an sich gebracht und inne haben, zerrissen oder verbrochen wäre, oder noch werden möchte; sondern die Erzherzoge sollen die Freyheit alle haben, wie die Briefe lauten und gelautet haben, und darum stracks ihren schlechten Worten zu glauben seyn.

27. *Hierauf werden alle ältere Freyheitsbriefe und Urkunden von König Heinrich dem IVten, mit Inbegriff zweyer Gnadenbriefe von Kaiser Julius und Nero, dem Könige Heinrich dem Vten, Kaiser Friedrich dem Isten, den Königen Rudolph und Ludwig und von Kaiser Carl dem Vten, Wenzel, Sigismund und Friedrich dem IIIten bestätigt.*

28. *Endlich sollen diese Privilegien keiner Veränderung, oder nachtheiligen Interpretation unterworfen seyn, sondern in allen Punkten und Klauseln beobachtet werden: Also, daß die Fürsten von Oesterreich nicht schuldig seyn, die Originale und Freyheiten alter und neuer Briefe vor das Kaiserliche und des Reichs Hof- oder Kammergericht, noch einige andere Gerichte in einigen Sachen wichtiglich zu bringen, noch disputiren, noch darüber erkennen zu lassen, sondern es soll den Triumph oder Vidimus solcher Briefe, oder auch sonderer Artikul daraus gezogen, wo die Fürsten von Oesterreich die darzulegen geliebet, wie den Originalien Glauben gegeben, und von niemand in Disputation oder Zweifel gezogen werden, wie die Fürsten von Oesterreich solches löblich hergebracht haben, und Kaiser Maximilian, als Erzherzog und regierender Landesfürst es festiglich eressen und gehandhabet: Auch niemand soll wider die Buchstaben und Inhalt derselben Freyheit zu erkennen, zu urtheilen, oder zu sprechen Macht haben.*

Hierauf folgt Sanctio Poenalis bey 1000 Mark löthigen Goldes.

N^{ro}. III.

Abstimmung des Kaiserl. Reichs Kammergerichts-Beysitzers, Freyherrn von Harprecht, zur Rechtssache des Herrn Herzogs von Orleans, gegen Se. Majestät die Kaiserin Maria Theresia.

V O T U M.

§. 1.

Meine Conclusion gehet dahin: daß die von dem Herrn Herzogen von Orleans nachgesuchte Citation super denegata justitia schlechterdings abzuschlagen seye, aus folgenden Gründen:

§. 2.

1) Der Hr. Herzog von Orleans begründen ihr Fundamentum agendi auf dasjenige Erbrecht, welches Ihnen, vermöge der Großmütterlichen testamental Disposition, sowohl auf die Immobilär-Verlassenschaft derer im Königreich Böhmen gelegenen Herrschaft Schlackenwerd etc. als auch

von wegen des ehemals zu Rastadt hinterlegtem Sachsen - Lauenburgischen Schatzes und pretiosorum zustehe.

§. 3.

Nun ist aber unläugbar, daß diese Böhmische Güther landsässig, und dergestalten, nach vorgedachter testamentarischen Disposition so zuverlässig anzusehen seyen.

Dann so erhellet aus der hochseligen Frau Marggräfin Testament vom Jahr 1703, §. 18, daß die Frau Testatrix nicht nur Ihro Kaiserlichen Majestät Leopoldum glorreichen Andenkens erbeten, die Königliche Stadthalterey aber geziemend ersuchet, und alle andern Tribunalien und Gerichten im Königreich Böhmen requirirt haben, Ihrer Disposition kräftige Hand zu haben, auch diesen Ihren letzten Willen nach Ihrem Ableben der Königl. Böhmischen Landtafel nach gewöhnlicher Publikation einverleiben zu lassen.

Gleiche Anempfehlung an die Königl. Böhmische Stadthalterey, Landtafel und Tribunalien geschahe auch bey der nachmals errichteten codicillarischen Disposition 1733.

§. 4.

Von der Beschaffenheit dieser höchsten Königlichen Gerichten und Instanzen findet man in dem Pütterischen Handbuch der teutschen Staaten Pag. 160 etc. eine hinlängliche Nachricht; hiernächst aber ist ein großer Unterschied unter einheimischen Böhmischen Allodial- oder Lehngüther, und zwischen denen von teutschen Reichsständen auſſer dem Königreich Böhmen im teutschen Reiche mit völliger Landeshoheit besitzenden Böhmischen Lehngüthern, diese letzern sind nicht landsäſſig, und die dahin einschlagende Lehnsinvestitur und andere Lehenssachen werden zu Wien, bey der, seit 1749 vereinbarten, obersten Justizkanzley besorget.

§. 5.

Hat nun also die Frau Testatricin diese Landsäſſigkeit von wegen Ihrer Böhmischen Herrschaften je und allweg erwiesener Maalsen anerkannt: so muß nothwendig auch der Herr Herzog von Orleans als Erbe sich denen Königlichen Landesgerichten allerdings submittiren, wo zumalen nach dasigen Landesgesetzen keine translatio Domini, kein jus possessionis anders erworben werden kann, als es geschehe zuvor hievou die Anmeldung und vorgängige Cognition bey ermeldter Landtafel.

§. 6.

Anlangend 2) den zu Rastadt lange Zeit aufbehaltenen Sachsen-Lauenburgischen Schatz und Prätiosa, so sind solche juris intellectu allerdings pro immobilibus zu halten, als solcher je und allezeit als ein zugehöriges Appertinens zu denen Böhmischem Lehnsgüthern angesehen, und wirklich dazu destinirt worden; denn so belehret die testamentarische Verordnung des Herrn Marggrafen August Georgs, vom 8ten August 1770, das darinnen festgestellet worden; daß die in der Schatzkammer zu Rastadt damals verwahrt gewesene Sachsen-Lauenburgische Pretiosa unter Kaiserlicher Aufsicht zu versilbern, den daraus erlösenden Werth zum Kapital zu schlagen, oder zur Acquisition anständiger Güther zu verwenden, sofort eines wie das andere in Zukunft *als ein Zugehör von der Herrschaft Schlackenwerd betrachtet werden solle*, über das alles sind eben diese Pretiosa mit Bewilligung des Herrn Herzogen von Orleans selbst nach Böhmen gebracht, und in die höchste Verwahr der Kaiserin Königin Majestät übergeben worden; daher es wunderbar lautet, eine Action auf deutschem Boden N. Z. Z. von wegen dieses Schatzes anzustellen, da doch selbiger mit eigenem Consens vorlängst von Rastadt hinweg, und nach Böhmen überbracht wor-

den, folglich auch die Erkenntniß darüber nirgends anders, als vor der Böhmischen Landtafel zu erlangen und erfodern stehet.

§. 7.

3) Stehet der nachgesuchten Ladung vor dem Kaiserl. Kammergericht das Privilegium exemptionis Austriacum allerdings im Wege. Es ist bey vormaligen Deliberationen pro et contra schon vieles darüber vorgetragen worden, daher mich nur kürzlich expliciren will.

Es finden sich allerdings in älteren Zeiten verschiedene Erkenntnisse von Böhmen, Lothringen, Burgund und die Vorder-Oesterreichische Lande, allein der damalige Status hat sich sehr verändert.

1530 ließen Kaiser Carl der Vte mit Beystimmung der Reichsstände auf damaligem Reichstag zu Augsburg das österreichische totale Exemptions-Privilegium erneuern, gleich hernach ereignete sich der Fall, daß ein Mandat gegen Herzogen Georg von Sachsen, von wegen der Herrschaft Sonnenwald erkannt wurde; allein Erzherzog Ferdinand ließen Avocatoria dagegen ergehen, und demnächst wurden 1541 die Privilegia austriaca dem Kammergericht legaliter insinuirt; wegen Lothringen und Burgund wurden 1548 besondere Verträge pto. exemptionis ebenmälsig errichtet. Von diesem Zeit-

punkte an, in spee. vom Jahr 1548 ist dergleichen vom Kammergericht verübte Gerichtsbarkeit schwerlich vorzufinden, und es ist eine allzubekannte Sache, daß des Erzhauses Oesterreichs Privilegium auf alle und jede Kaiserl. Erbländer ohne Unterschied extendirt werde.

§. 8.

Bey der Readmission der Krone Böhmen im Jahr 1708 wurde Böhmen zu Sitz und Stimme in dem Kurfürstenrath, nebst Uebernahme eines Kurfürstl. Anschlags von 300 Kammergulden zum Unterhalt des Kammergerichts zugelassen, notanter Ihren Privilegiis *Fori* unnachtheilig.

Diese etwas kurz abgebrochene Stelle erläutert sich durch das Kaiserl. Ratifikationsdecret vom 6ten Sept. 1708, an dessen Schluß Kaisers Joseph des Iten Majestät sich bedingten und vorbehielten:

„Daß obiges Alles Dero Königreich Böhmen
 „Würden, Rechten, *Privilegiis Fori* und an-
 „dern Freyheiten und Gerechtsamen, auf keine
 „Weise nachtheilig, oder präjudicirlich, son-
 „dern dieselbe samt und sonders überall auf-
 „recht und ohnverletzt seyn und bleiben
 „sollten“ *).

*) Dritter Theil der Reichsabschieden, Pag. 226, 229.

§. 9.

Es ist also nunmehr als ein bewährter Grundsatz anzusehen, daß ein hoher Stand, die Reichsstandschaft haben, die Reichsonera und auch die Kammerzieler erlegen, präsentationes an das Kaiserl. und Reichs Kammergericht abtragen, und dennoch eine conventionalem exemptionem Fori vel in totum, vel in tantum genießen könne.

§. 10.

Wie aber, möchte man fragen, ist es dann bey dem Fall verweigerter Justiz zu halten? Ist dann nicht in der güldenen Bull Caroli der IVte ausdrücklich versehen, daß bey denen des heil. Reichs Kurfürsten ertheilten privilegiis illimitatis de non evocando der casus denegatae justitiae namentlich ausgenommen seye, ich antworte hierauf:

a) Nach Errichtung der guldenen Bull sind verschiedene Abfälle, besonders bey auswärtigen Provinzen und Landen vorgefallen, wo der nexus cum Imperio *salvis privilegiis, juribus et pactis specialibus* übernommen worden: wie oben bey Burgund, Lothringen und Böhmen allbereits angeführet worden.

b) So haben sich Fälle wirklich ergeben, wo die Kaiserl. Königl. Erklärung dahin ertheilet worden: es seye ein Unterschied unter *voluntariam et necessariam prorogationem* zu machen.

c) Wo dergleichen Processe von denen ältesten Zeiten schon anhängig sind, wäre man besonders bey Reichs-Mitständen nicht ungeneigt, der Justiziübung bey dem Kaiserl. Kammergericht seinen stracken Lauf zu lassen, davon zeuget die neueste Erklärung von wegen der Herrschaft Mindelheim und denen darauf von Mecklenburg gemachten Ansprüchen.

d) Endlich ist hauptsächlich hier in Betrachtung zu ziehen, daß das Forum rei sitae gleich Anfangs angezeigter Maassen eine ohnstreitige, landsässige, in Böhmen gelegene Herrschaft betreffe, wo die Frau Marggräfin, und das gesamte Hochfürstl. Haus Baaden-Baaden die höchste Königl. Böhmische Gerichtsbarkeit je und allweg anerkannt haben, und wo demnach der angebliche Erbe von dem anerkannten Foro ohnmöglich abspringen, und hierunter dem Königreich Böhmen seine gegründete Gerichtsbarkeit auf keine Weise impugniren mag, wo mithin die angebliche dene-gata justitia von sich selbst verschwindet, am allerwenigsten aber durch Umwege abzuleiten stehet.

§. 11.

Ich concludire also nochmalen dahin, daß die nachgesuchte Citation, der nunmehr ganz veränderten Umständen nicht zu gedenken, simpliciter

abzuschlagen seye., mit der vorgeschlagenen Formel, die ich aber, um alle Zweydeutigkeit zu vermeiden, so erkläre, daß unter der Verweisung (an die Behörde) nur die Königl. Böhmisches Gerichte, zu verstehen sind.

v. Harpprecht.

Wagman
Whisk
Card

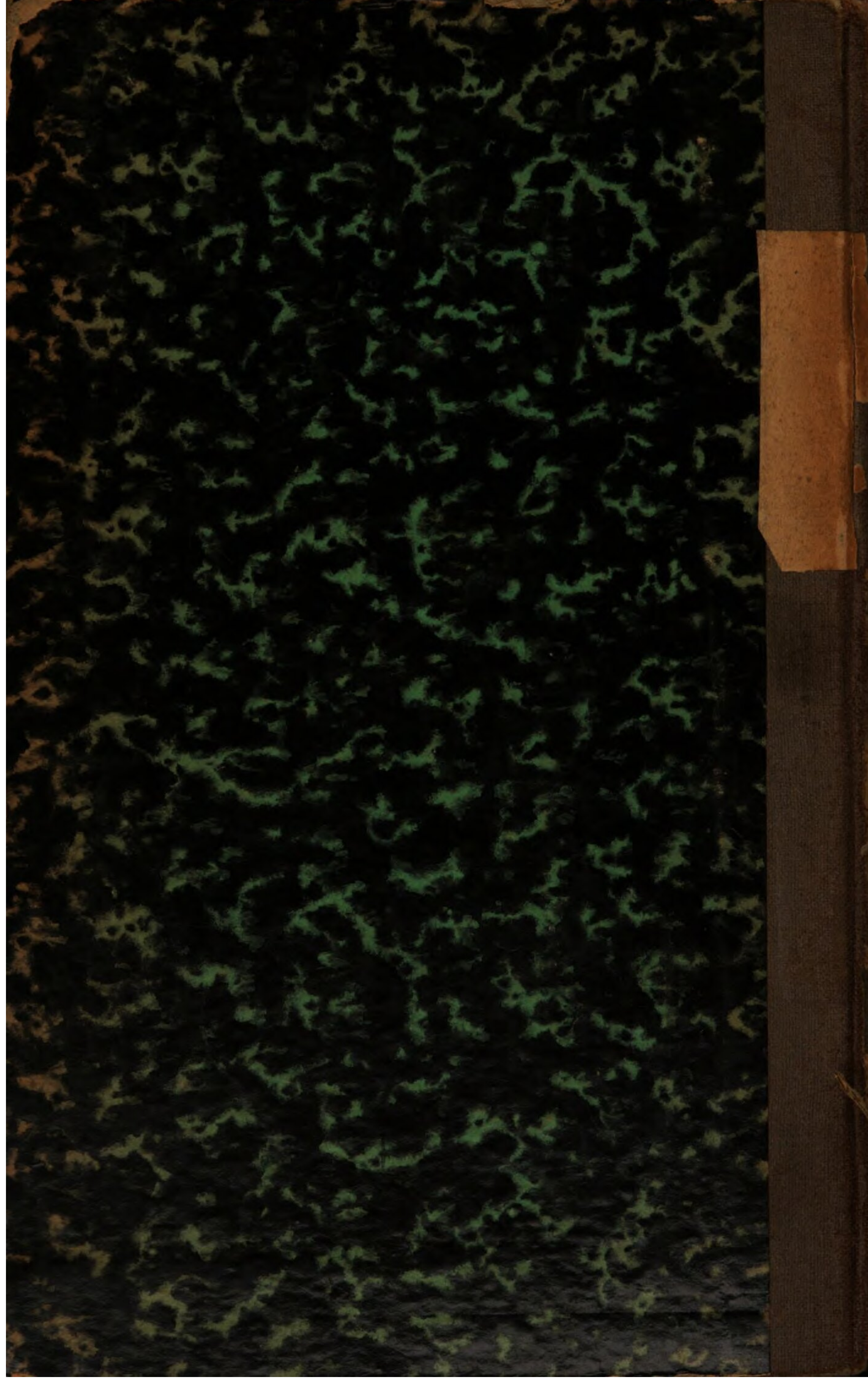
Berichtigung.

Seite 1, Zeile 4 v. u. statt: Reichs, lies: *Reiches*.
Bey S. 3, Z. 10, S. 4., Z. 7 v. o. und Z. 6 v. u.,
S. 5, Z. 8, S. 6, Z. 3. v. o. und Z. 4. v. u.
S. 9, Z. 15 und S. 38., Z. 11. ist zufällig Wür-
temberg statt *Württemberg* gedruckt.

S. 4, Z. 1, statt: Se., lies: Sr.

S. 12, Z. 14, st. Herzogin von Sachsen-Lauen-
burg errichtete, l. *Herzogin von Sachsen-*
Lauenburg hatte 3 Kinder, mit Namen Au-
gust Georg, Ludwig Georg und Maria Jo-
hanna. Sie errichtete u. s. w.

S. 18, Z. 4, st. ohnerachtes, l. *ohnerachtet*.



Dalwigk, Karl Friedrich August Philipp von, 1761-1825

Publizistische Erörterung der im Preßburger Frieden begründeten
Souverainetät der Häuser Baiern, Würtemberg und Baaden

Hadamar 1806

J.publ.g. 201 k

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10559127-4